



**Rede des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg, Marcus König, anlässlich des World Human Rights Cities Forum 2020 in Gwangju (Südkorea) am 7. Oktober 2020**

Sehr verehrter Herr Bürgermeister Lee Yong-Sup,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,  
— liebe Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer,

es ist mir eine große Ehre, an der Eröffnungsveranstaltung des diesjährigen World Human Rights Cities Forum sprechen zu dürfen, um unsere Erfahrungen mit Ihnen zu teilen.  
— Gleichzeitig bedauere ich sehr, dass uns aufgrund der weltweiten Pandemie eine persönliche Begegnung verwehrt bleibt.

Im Mai dieses Jahres habe ich das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg angetreten und ich bekenne mich wie meine Vorgänger zur Selbstverpflichtung Nürnbergs als einer Stadt des Friedens und der Menschenrechte.

Nürnberg ist wie kaum eine andere deutsche Stadt mit der Geschichte des Nationalsozialismus der Jahre 1933 bis 1945 verbunden: als Schauplatz der Reichsparteitage der nationalsozialistischen Partei, als Bühne zur Verkündung der menschenverachtenden „Nürnberger Rassegesetze“ und als Ort der juristischen Ahndung der nationalsozialistischen Verbrechen und der Verurteilung führender Vertreter des Regimes bei den Nürnberger Prozessen. Die historischen Spuren sind in unserer Stadt bis heute auch baulich präsent. Das ehemalige Reichsparteitagsgelände mit der Kongresshalle und der Schwurgerichtssaal 600 im Justizgebäude werden als prägende Elemente im Stadtbild wahrgenommen.



Diesen „steinernen Zeugen“ aus Nürnbergs Vergangenheit wurde im Jahr 1993 die Straße der Menschenrechte, ein eindrucksvolles begehbare Kunstwerk entgegengesetzt. Es handelt sich um ein Ensemble aus 27 Rundpfeilern, zwei Bodenplatten, einer Säuleneiche und einem mächtigen Torbogen mit den in Stein eingravierten Artikeln der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Der damalige Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Peter Schönlein formulierte in seiner Eröffnungsrede zum Bauwerk folgendes Programm für die Stadt: „Nürnberg hat sich in einen Prozess begeben, der weniger Zierde denn Auftrag ist. Das Ziel ist, dass von Nürnberg niemals mehr andere Signale ausgehen dürfen, als solche des Friedens, der Versöhnung, der Verständigung und der Achtung der Menschenrechte.“

Mit Gwangju verbindet uns bei aller Unterschiedlichkeit der geschichtlichen Entwicklungen eben dieser Leitgedanke: die verpflichtende Vergangenheit als Auftrag für das respektvolle und friedliche Zusammenleben in einer von Vielfalt geprägten und interkulturellen Gesellschaft.

Nürnberg ist ein Ort der kritisch-reflexiven Auseinandersetzung mit der Vergangenheit geworden. Ein gemeinsames Bewusstsein für die Verantwortung gegenüber dem historischen Erbe ist entstanden. Aber die reine Präsenz der Bauwerke reicht für eine gelingende Erinnerungskultur nicht aus. Diese braucht den Dialog. Sie braucht eine Bildungsarbeit, welche die Vergangenheit mit der jetzigen Lebenswelt verbindet, eine Erinnerung, die sich nicht ausschließlich auf die Vergangenheit bezieht, sondern vermittelt, dass wir dem furchtbaren Erbe der Geschichte auch eine zukunftsgerichtete Aufgabe entnehmen müssen. Nur das Erinnern, das auch in der Gegenwart aufmerksam bleibt für die Mechanismen von Ausgrenzung und Gewalt, kann vermeiden, dass es irgendwann bedeutungslos wird.



Mit dem Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände und dem Memorium Nürnberger Prozesse wurden zwei historisch-politische Erinnerungs- und Lernorte geschaffen. Historische Aufklärung und Demokratieerziehung gehen hier Hand in Hand und es wird augenfällig, dass die Idee der homogenen „Volksgemeinschaft“ kein Rezept für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. An diesen beiden Orten wird deutlich, wie sich die Deutschen mit einer Ideologie der sozialen Formierung, der die rassistische Ausgrenzung folgte, schon einmal in den zivilisatorischen Abgrund manövrierten. Unterschiedliche maßgeschneiderte Bildungsprogramme zeigen den jeweiligen Zielgruppen, welche Rolle dabei die Menschen in der Verwaltung, der Polizei, der Wehrmacht, der Justiz spielten, welche Verantwortung deren Berufsfeld in der Gegenwart zukommt und wie diese wahrgenommen werden kann.

Erinnern als Ausgangsbasis für Demokratieverständnis und Demokratieverpflichtung, ist wichtiger denn je. Aktuelle antisemitische Tendenzen, Rassismus, Fremdenhass und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dürfen nicht ignoriert werden. „Es geht auch mich an!“ lautet die zentrale Erkenntnis, zu der die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt gelangen müssen. Es geht um die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Menschen bei allen Unterschiedlichkeiten. Denn die Ideologie der Ungleichwertigkeit ist die Wurzel jeglicher Diskriminierungen und des Menschenhasses. Das hat uns nicht nur die deutsche Geschichte vor Augen geführt.

Wichtig wird es nun, die in ihrer Rhetorik und ihrem Anspruch bislang auf die deutsche Mehrheitsgesellschaft konzentrierte Erinnerungskultur um die Perspektiven und Ansprüche unserer heterogenen Großstadtgesellschaft zu erweitern im Sinne einer Pluralisierung des Diskurses. Rund 46 Prozent der Nürnberger Bevölkerung hat einen Zuwanderungshintergrund. Das heißt, fast die Hälfte unserer Bürgerinnen und Bürger lebt in Nürnberg mit unterschiedlichen historischen und politischen



Erfahrungen, häufig auch Ungleichwertigkeitserfahrungen in verschiedenen Herkunftskontexten. Diese Erinnerungen der Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern zu vereinen und auch ihnen die Möglichkeit zu geben, sich politisch und moralisch zu unserer Geschichte zu verhalten, auch wenn sie nicht hier aufgewachsen sind, ist unsere Herausforderung.

Wir nehmen uns aber auch selbst in die Verantwortung: Die städtische Verwaltung selbst hat als Dienstleisterin, in der Erfüllung hoheitlicher Aufgaben, als Arbeitgeberin und als Auftraggeberin ein hohes Potenzial, menschenrechtliche und gleichstellungspolitische Anforderungen zu berücksichtigen und umzusetzen.

Sicherlich werden uns die Sparmaßnahmen, die uns die Covid 19 Pandemie auferlegt, vor die große Herausforderung stellen, alle unsere kommunalen Aufgaben zu erfüllen. Eines muss uns aber klar sein: Auch in dieser sehr schwierigen Krisensituation gelten die Grund- und Menschenrechte vollumfänglich weiter. Die Gleichwertigkeit als Fundament und Prinzip der politischen, sozialen und kulturellen Integration aller in Nürnberg lebenden Menschen darf dadurch nicht in Frage gestellt werden. Ganz im Gegenteil: Alle unsere Maßnahmen müssen Menschen in verletzlichen Lebenslagen besonders in den Blick nehmen wie beispielsweise ältere Menschen, Kinder und Jugendliche, obdachlose und wohnungslose Menschen, Menschen mit Behinderungen, Geflüchtete sowie Menschen in beengten Wohnverhältnissen.

In der Präambel zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen heißt es: „Wir versprechen und verpflichten uns, auf dieser großen gemeinsamen Reise niemanden zurückzulassen“. Das wird auch auf kommunaler Ebene unser Ziel sein.